

Der Minister

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Datum: 13. April 2015
Seite 1 von 1

An die
Präsidentin
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL

Düsseldorf

für den Integrationsausschuss



Aktenzeichen
bei Antwort bitte angeben

Dr. Stephanie Waletzki
Telefon 0211 855-3608
Telefax 0211 855-3049
stephanie.waletzki
@mais.nrw.de

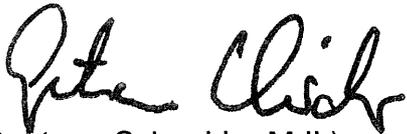
Dialogforen der Landesregierung mit dem organisierten Islam

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

der Vorsitzende des Integrationsausschusses, Herr Arif Ünal MdL, hatte mit Bezug auf ein entsprechendes Schreiben der CDU-Fraktion vom 27. März 2015 um einen Bericht der Landesregierung zu den „Dialogforen der Landesregierung mit dem organisierten Islam“ gebeten.

Anbei übersende ich Ihnen den mit der Staatskanzlei und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung abgestimmten Bericht für TOP 5 der 44. Sitzung des Integrationsausschusses am 15. April 2015. Ich bitte Sie, die Vorlage an die Ausschussmitglieder weiterreichen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen


(Guntram Schneider MdL)

1 Anlage (60-fach)

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Fürstenwall 25,
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 855-5
Telefax 0211 855-3683
poststelle@mais.nrw.de
www.mais.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien 704, 709,
719
Haltestelle: Stadttor
Rheinbahn Linie 725
Haltestelle: Polizeipräsidium

Dialogforen der Landesregierung mit dem organisierten Islam

Bericht der Landesregierung

1. In welchen Gremien, Beiräten etc. führt die Landesregierung Gespräche über institutionelle und praktische Fragen des Islam in Nordrhein-Westfalen?

Die Landesregierung unterhält mit dem **dialog forum islam (dfi)** ein ständiges Gremium zum Dialog mit dem organisierten Islam in Nordrhein-Westfalen. Die Einrichtung und Zusammensetzung des **dialog forum islam** wurde vom Landtag zu Beginn der 15. Legislaturperiode beschlossen (Drucksache 15/1652). Sie beruht auf dem 2011 beschlossenen „Handlungskonzept der Landesregierung zum integrationspolitischen Dialog mit Musliminnen und Muslimen und ihren Organisationen“.

Das **dialog forum islam** dient dazu, konkrete Alltagsprobleme und Anliegen der muslimischen Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Die Bandbreite der Themen umfasst alle Bereiche, in denen es Berührungspunkte zwischen staatlichem Handeln einerseits und religiöser Praxis von Menschen islamischen Glaubens andererseits gibt. Neben gemeinsam abgestimmten Themenschwerpunkten ist das **dialog forum islam** grundsätzlich offen für die Bearbeitung aktueller Fragestellungen. Es ist ein Beratungs- und kein Entscheidungsgremium. Den Vorsitz hat Minister Guntram Schneider. Die Geschäftsführung liegt beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS).

Die **UAG Dialog mit dem Islam** ist eine interministerielle Arbeitsgruppe. Sie besteht seit 2008. Das Gremium tagt zwei Mal jährlich und kommt bei Bedarf auch kurzfristig zusammen. Die Arbeit der UAG dient der gegenseitigen Information der Ressorts und der frühzeitigen Abstimmung gemeinsamer Vorhaben. Vorsitz und Geschäftsführung liegen in der Fachabteilung „Integration“ des MAIS.

Das **Forum Statusfragen** ist kein Dialogforum im Wortsinn. Es befasst sich mit der Umsetzung des Prozesses zur Feststellung, ob vier konkrete islamische Verbände Religionsgemeinschaften im Sinne des deutschen Religionsverfassungsrechts sind. Die Federführung liegt bei der Staatskanzlei. Dieser Prozess geht zurück auf einen Beschluss der Landesregierung vom 16. Juli 2013 sowie auf die Vereinbarung der Ministerin für Schule und Weiterbildung mit vier islamischen Verbänden zur Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts vom 22. Februar 2011 und auf den Entschließungsantrag (Drucksache 15/3582) der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20. Dezember 2011 zum islamischen Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen.

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung hat auf der Grundlage von § 132a Abs. 4 zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts einen **Beirat** gebildet, „der die Anliegen und die Interessen der islamischen Organisationen bei der Einführung und der Durchführung des islamischen Religionsunterrichts nach Absatz 1 als ordentliches Unterrichtsfach vertritt.“

2. Wie setzen sich die Gremien zusammen? (bitte Mitglieder bzw. Teilnehmer/innen und deren Institutionen nach Gremien gesondert auflisten)

Das **dialog forum islam** setzt sich zusammen aus

- Vertreterinnen und Vertretern aller Landesressorts
- Vertreterinnen und Vertretern der Alevitischen Gemeinde Deutschland (AABF) sowie der vier im Koordinationsrat der Muslime (KRM) zusammengeschlossenen islamischen Dachverbände 'Zentralrat der Muslime in Deutschland' (ZMD), 'Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion' (DITIB), 'Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland' (Islamrat) und 'Verband der Islamischen Kulturzentren' (VIKZ).
- fünf Expertinnen und Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Wohlfahrt und Schule als ständige Mitglieder und Berater der Landesregierung. Diese sind Bernd Ridwan Bauknecht (Lehrer für Islamischen Religionsunterricht), Prof. Dr. Mouhanad Khorchide (Leiter des Zentrums für Islamische Theologie/Universität Münster), Erika Theißen (Leiterin des Begegnungs- und

Fortbildungszentrum muslimischer Frauen, Köln), Prof. Dr. Haci Halil Uslucuan (Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung) sowie Aziz Aslandemir (Lehrer für den Alevitischen Religionsunterricht).

Die **UAG Dialog mit dem Islam** setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern aller Ressorts der Landesregierung zusammen.

Das **Forum Statusfragen** setzt sich aus den Mitgliedern einer den Prozess begleitenden Projektgruppe (Mitglieder: Staatskanzlei, MAIS, MSW, MIWF), den Beauftragten der Fraktionen und der Vertretung der vier betroffenen islamischen Verbände (DiTiB, VIKZ, Islamrat, Zentralrat der Muslime) zusammen.

Dem **Beirat** gehören acht Personen an. Vier Personen werden von den im Koordinierungsrat der Muslime (KRM) vertretenen Organisationen bestimmt, vier weitere Personen im Einvernehmen mit dem KRM durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung. Mitglieder des Beirats sind zurzeit:

Von den islamischen Organisationen benannt:

- Mehmet Soyhun (Theologe, Landesdialogbeauftragter DITIB), Vorsitzender des Beirates
- Burhan Kesici (Politikwissenschaftler und Islamischer Religionslehrer, Islamrat),
- Nigar Yardım (Theologin, Integrations- und Frauenbeauftragte des VIKZ),
- Eva El-Shabassy (Zentralrat der Muslime, Beauftragte für Pädagogik und Religionsunterricht, Grundschullehrerin), stellv. Vorsitzende des Beirates.

Vom MSW benannt:

- Prof. Dr. Mouhanad Khorchide (Professor für Islamische Religionspädagogik am Zentrum für Religiöse Studien an der Universität Münster),
- Hanim Ezder (Islamwissenschaftlerin aus Köln),
- Dr. Tuba Işık (Lehrbeauftragte am Zentrum für Komparative Theologie und Kulturwissenschaften an der Universität Paderborn), ehemalige stellv. Vorsitzende
- Sami Alphan (Islamwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität zu Köln).

Die Arbeitskontakte der Ressorts gehen über den Kreis der ständigen Mitglieder der einzelnen Dialogforen hinaus. In Abhängigkeit von den jeweiligen Themenschwerpunkten werden weitere Organisationen bzw. Expertinnen zu den Gremiensitzungen eingeladen.

Über diese regelmäßig tagenden Gremien hinaus gibt es in unterschiedlichen Ressorts und zu unterschiedlichen Anlässen Arbeitskontakte zu muslimischen Verbandsvertretern und Islamexperten.

3. Welche Konfessionen bzw. Richtungen des Islam sind in den jeweiligen Gremien vertreten?

Das **dialog forum islam** ist multikonfessionell und multiethnisch geprägt. Neben der Vertretung der alevitischen Glaubensrichtung durch die AABF sind in den vier im KRM zusammengeschlossenen islamischen Verbänden vor allem sunnitische Organisationen vertreten, aber auch schiitisch geprägte Moscheegemeinden und Vereine. Während die in der AABF vorherrschende Ethnie die türkische ist, sind die im KRM vereinten islamischen Zusammenschlüsse multiethnisch. So setzt sich alleine der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) u.a. aus Türken, Arabern, Deutschen, Albanern, Iranern, Afrikanern und Bosniern zusammen.

Das **Forum Statusfragen** umfasst die vier im KRM zusammengeschlossenen und bereits unter Frage 2 beschriebenen Verbände.

Für die Mitglieder im **Beirat** ist eine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Richtung des Islam nicht erforderlich. Der Beirat steht grundsätzlich allen Richtungen offen.

Über die gemischte Besetzung der acht im Beirat zu vergebenden Plätze soll eine möglichst breite Repräsentanz sichergestellt werden. Dem widerspricht nicht, dass zurzeit dem Beirat ausschließlich Personen der sunnitischen Richtung angehören. Jedoch vertreten zwei Mitgliedsorganisationen des Beirats, der Zentralrat der Muslime und der Islamrat, auch schiitische Organisationen. Welchen Rechtsschulen die Mitglieder des Beirates anhängen, wird nicht erfragt und auch nicht erhoben.

Der Kommission für die Erstellung der Lehrpläne (Grundschule, weiterführende Schulen der Sekundarstufe I und II) gehört ein Mitglied der schiitischen Richtung an.

4. Wie wird die Repräsentanz muslimischer Minderheiten in den genannten Gremien sichergestellt?

Da in den Gremien nicht die gesamte organisatorische Vielfalt des Islam vertreten sein kann, sind regelmäßig die Verbände berücksichtigt, die in großem Umfang Dienstleistungen für die religiöse Praxis ihrer Mitglieder erbringen. Neben den im **dialog forum islam** vertretenen Verbänden und Organisationen gibt es auch muslimische Minderheiten ohne ständige Repräsentanz in diesem Gremium.

Die Landesregierung ist sich darüber im Klaren, dass auch den Anliegen dieser Gruppen bei der politischen Gestaltung Rechnung zu tragen ist. Aus diesem Grund unterhält sie über die institutionalisierten Beziehungen zu islamischen Verbänden hinaus, auch Arbeitsbeziehungen zu islamischen Organisationen, die keinem etablierten Verband zuzurechnen sind. Es bestehen beispielsweise Arbeitsbeziehungen zur Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ), zur Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS) sowie zum Liberal Islamischen Bund (LIB).

Die Landesregierung hat islamische Zusammenschlüsse, auch solche muslimischer Minderheiten, in der Vergangenheit beispielsweise erfolgreich in die Arbeit des dialog forum islam einbezogen, sei es als Mitwirkende bei den Plenumsveranstaltungen oder auch als Autoren der dfi-Broschüre „Vielfalt des organisierten Islam in Nordrhein-Westfalen“.

Neben den oben erwähnten Zusammenschlüssen AMJ, LIB und IGS haben sich eine Vielzahl weiterer islamischer Organisationen, darunter auch eine islamische Roma-Gemeinde aus Düsseldorf, an dem Projekt beteiligt.

Im **Forum Statusfragen** ist nur die Vertretung derjenigen Verbände vorgesehen, deren Status geklärt werden soll.

Was den **Beirat** betrifft, so haben in den vergangenen Jahren verschiedene islamische Gruppen ein Interesse an einer Mitwirkung bekundet, insbesondere die Ahmadiyya, die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken und der Zentralrat der Marokkaner. Die beratende Mitarbeit des Zentralrates der Marokkaner ist zwischenzeitlich mit dem Beirat verabredet.

Grundsätzlich ist es Absicht der Landesregierung, möglichst alle Muslime und Moscheegemeinden einzubeziehen, doch soll dem laufenden Prozess der Begutachtung der islamischen Verbände im Hinblick auf ihren Status als Religionsgemeinschaften nicht vorgegriffen werden.

5. Liegen der Landesregierung Beschwerden darüber vor, dass bestimmte Glaubensrichtungen des Islam unterrepräsentiert sind?

Nein, es liegen der Landesregierung keine Beschwerden vor.

Im Rahmen der Arbeitsbeziehungen zu Organisationen, die nicht im **dialog forum islam** vertreten sind, kam es vereinzelt zu Nachfragen bezüglich der Zusammensetzung des Gremiums. Sofern der Wunsch der Gesprächspartner erkennbar war, sich stärker im Rahmen des dfi zu engagieren, wurde diesem Wunsch entsprochen. So wurden beispielsweise Beiträge zu den dfi-Plenumssitzungen verabredet, eine Teilnahme an der „UAG-Dialog mit dem Islam“ in Aussicht gestellt oder die Mitwirkung an der o.g. „Vielfalt-Broschüre“ ermöglicht.